

Legal News Energierecht

Aktuelle Informationen zu energierechtlichen Entwicklungen

Ausgabe 4, April 2022

Inhalt

Aktuelles	2
BDEW veröffentlicht Anwendungshilfe „Konzessionsverträge in der Wasserversorgung“	2
Einigung von BMWK und BMUV über schnelleren Windkraft-Ausbau und Artenschutzvorgaben	2
Rechtsprechung	3
BGH: Urteilsgründe zur einseitigen Änderung von Preisänderungsklauseln (Fernwärme) veröffentlicht	3
Gesetzgebung	4
Kabinett verabschiedet Osterpaket!	4
Osterpaket hält auch für Kommunen Neuigkeiten bereit	5
Über uns	6
Ihre Ansprechpartner	6

RA Björn Jacob

Tel.: +49 211 981-7259

bjoern.jacob@pwc.com

RAin Nora Grabmayr

Tel.: +49 89 5790-6116

nora.grabmayr@pwc.com

BDEW veröffentlicht Anwendungshilfe „Konzessionsverträge in der Wasserversorgung“.

Der BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. hat eine Anwendungshilfe, die sich mit dem Inhalt und der Vergabe von Konzessionsverträgen in der Wasserwirtschaft auseinandersetzt, veröffentlicht.

In der Anwendungshilfe wird großen Wert darauf gelegt, dass der Rechtsrahmen, der für die Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen sich zum einen aus den Vorschriften des EnWG ergibt und zum anderen im Laufe der letzten Jahre durch die Rechtsprechung entwickelt wurde, nicht deckungsgleich auf die Wasserversorgung übertragen werden kann. Insoweit setzt sich der BDEW hier intensiv mit dem anzuwendenden Rechtsrahmen auseinander und spricht sich in aller Deutlichkeit für die Beibehaltung der jetzigen Ausnahmeregelung in der EU-Konzessionsvergaberichtlinie aus. Auch im Weiteren werden die Besonderheiten der Wasserversorgung und deren Auswirkungen sowohl auf die Konzessionsvergabe als auch auf die Inhalte von Konzessionsverträgen herausgearbeitet. Der BDEW betont insoweit, dass aus den gegebenen Hinweisen weder konkrete Empfehlungen folgen noch die aufgeführten Beispielsklauseln als in jedem Fall vorbildlich oder als abschließend zu verstehen sein sollen. Die Anwendungshilfe verstehe sich vielmehr als „Instrumentenkasten“ oder „Werkzeugbox“, die die Bandbreite möglicher Lösungen aufzeigen und Anregungen geben möchte für die im konkreten Fall stets neu zu erarbeitende, passgenaue Vorgehensweise und Vertragsformulierung.

Nach längerer Verzögerung ist im zweiten Quartal 2022 eine Veröffentlichung der Europäischen Kommission geplant, in der über die Überprüfung der Ausnahme für Wasserkonzessionen in der Konzessionsrichtlinie berichtet wird. Ob diese Auswirkungen auf den aktuellen Rechtsrahmen haben wird, ist ungewiss. Wir werden die weiteren Entwicklungen für Sie im Auge haben und darüber berichten. Soweit bei Ihnen Wasserkonzessionsverträge auslaufen, prüfen wir gern für Sie, ob deren Verlängerung oder Neuabschluss ausschreibungspflichtig wäre, und beraten Sie zum weiteren Vorgehen.

RAin Dr. Jutta Mues

Tel.: +49 211 9815707

jutta.mues@pwc.com

RAin Verena E. Brökelmann

Tel.: +49 521 964-97111

verena.elisa.broekelmann@pwc.com

Einigung von BMWK und BMUV über schnelleren Windkraft-Ausbau und Artenschutzvorgaben

Um den Ausbau der Windkraft an Land voranzutreiben, haben sich das Bundesumwelt- und das Bundeswirtschaftsministerium (BMUV, BMWK) auf gemeinsame Eckpunkte geeinigt. Durch eine vereinfachte und effiziente artenschutzfachliche Prüfung sollen die Genehmigungsprozesse verkürzt und dabei gleichzeitig ein hohes Schutzniveau aufrechterhalten werden. Dies soll vor allem durch Standardisierung und Konkretisierung der Vorgaben erfolgen.

Ein erster wesentlicher Schritt in diese Richtung ist die nach den Eckpunkten geplante Neuregelung der Signifikanzprüfung im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Mithilfe einer abschließenden Liste kollisionsgefährdeter Brutvogelarten und einer artspezifischen Festlegung von Tabu- und weiteren Prüfbereichen soll zukünftig ein bundeseinheitlicher Prüfungs- und Bewertungsmaßstab für das Kollisionsrisiko von gefährdeten Vogelarten geschaffen werden. Außerhalb der festgelegten Prüfbereiche entfallen weitere Prüfungen aufgrund des fehlenden signifikanten Tötungsrisikos. Eine bisher häufig erforderliche, aufwändigere Raumnutzungsanalyse soll nur noch auf Antrag des Betreibers durchgeführt werden.

Ziel ist die Auflösung des Konflikts zwischen Energiewende und Artenschutz.

Geplant sind außerdem eine Liste von artspezifischen Vermeidungsmaßnahmen, mit denen die Erhöhung des Tötungsrisikos unter die Signifikanzschwelle gesenkt werden kann, sowie die Festlegung von Zumutbarkeitsschwellen, bis zu welcher Summe Vermeidungsmaßnahmen, die im Rahmen der artenschutzrechtlichen Maßnahmen getroffen werden sollen, zu akzeptieren sind und ab wann eine Ausnahme zu beantragen ist. Abweichende Regelungen der Länder sind nicht gestattet.

BMWK und BMUV kündigten darüber hinaus an, bis Ende 2022 einen Vorschlag zur mathematischen Berechnung der Kollisionswahrscheinlichkeit zu veröffentlichen (sog. probabilistische Methode).

Ebenso soll die artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG für Windenergieanlagen-Genehmigungen konkretisiert werden. Die Ausnahme soll künftig ohne behördliches Ermessen erteilt werden, wenn die Bedingungen der Norm erfüllt sind. Erneuerbare Energien werden als überragendes öffentliches Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend eingeordnet, sodass der Ausnahmegrund im Regelfall anzunehmen ist. Zudem sollen die Anforderungen an die Alternativenprüfung durch Regelvermutungen konkretisiert werden.

Für das Repowering von Windenergieanlagen werden die Erleichterungen aus dem Immissionsschutzrecht (§ 16b BImSchG) übernommen und im Hinblick auf Vorbelastungen und Standortalternativen konkretisiert.

Schließlich soll die Zulassung von Windenergieanlagen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten vereinfacht werden, soweit diese nicht zugleich Natura-2000-Gebiete oder Weltkultur- und Weltnaturerbeflächen sind.

Die geplanten Neuerungen versprechen viel Potential für den Ausbau der Windenergie an Land. Standardisierung und Konkretisierung im Artenschutz als probate Mittel für schnellere und rechtssichere Genehmigungsverfahren werden seit langem diskutiert. Die konkrete Umsetzung und Anwendbarkeit der geplanten Regelungen in der Praxis gilt es nun abzuwarten. Sollten Sie Fragen zum Eckpunktepapier und den geplanten Neuregelungen haben, sprechen Sie uns gerne an.

Rechtsprechung

RA Björn Jacob
Tel.: +49 211 981-7259
bjoern.jacob@pwc.com

BGH: Urteilsgründe zur einseitigen Änderung von Preisänderungsklauseln (Fernwärme) veröffentlicht

Die nunmehr veröffentlichte Entscheidung des BGH vom 26. Januar 2022 (Az. VIII ZR 175/19 – wir berichteten) enthält mehrere grundsätzliche Aussagen zur einseitigen Änderung von Preisgleitklausel aber auch Preisen an sich und wirft erhebliche Fragen hinsichtlich der AVBFernwärmeV-Novelle des vergangenen Jahres auf.

Der BGH stellt ausdrücklich klar, dass ein Fernwärmeversorgungsunternehmen (FVU) gemäß § 4 Abs. 1, 2 AVBFernwärmeV (AVB) in Verbindung mit § 24 Abs. 4 AVB berechtigt und soweit das Kundeninteresse dies erfordert verpflichtet ist, eine von ihm gegenüber Endkunden verwendete von Vertragsbeginn an unwirksame oder ab einem bestimmten Zeitpunkt danach unwirksam gewordene Preisänderungsklausel auch während des laufenden Versorgungsverhältnisses mit Wirkung für die Zukunft einseitig anzupassen, wenn und soweit dadurch sichergestellt wird, dass die (künftig geltende) Klausel den Anforderungen des § 24 Abs. 4 AVB entspricht. Eine solche Befugnis und ggf. sogar Verpflichtung verwirklichte die vom Verordnungsgeber angesichts der Besonderheiten der Fernwärmeversorgung in der AVB entwickelte Regelungskonzeption und ermöglicht einen angemessenen Ausgleich der Interessen von FVU und Wärmekunden während der gesamten, naturgemäß auf längere Zeit angelegten Dauer des Versorgungsvertrags.

Einseitige Änderung nur der Preisänderungsklausel zulässig, nicht der Preise selbst

Voraussetzung hierfür ist, dass die im Versorgungsverhältnis bislang zugrunde gelegte Preisänderungsklausel entweder unwirksam (geworden) ist und zu dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der neuen Klausel ungültig würde. Entsprechendes gilt auch bei einer von Anfang an unwirksamen Preisänderungsklausel, wobei eine Änderung für die Vergangenheit nicht zulässig ist. Nicht zulässig hingegen sei die einseitige Änderung einer (auch weiterhin) wirksamen Klausel. Eine weitere wichtige Aussage hat der BGH hinsichtlich der – ebenso im Markt bisher umstrittenen – Frage, ob das FVU nach § 4 Abs. 1, 2 AVB auch unmittelbar einseitig die Preise ändern könne, getroffen. Die sei – anders als bei Strom, Gas und Wasser – nicht zulässig, da bereits dem Wortlaut und der Begründung nach der Verordnungsgeber eine Preisanpassung aufgrund der Besonderheiten der Fernwärmeversorgung ausschließlich über Preisänderungsklauseln nach § 24 Abs. 4 AVB gewollt habe. Dessen an einem angemessenen Interessenausgleich über die gesamte Vertragsdauer hinweg orientierte Ausgestaltung würde aber obsolet, wenn dem Versorgungsunternehmen zugleich ein nur durch § 315 BGB begrenztes einseitiges Preisänderungsrecht zustünde.

Da dem FVU bei Unwirksamkeit der Preisänderungsklausel auch aufgrund der Besonderheiten des § 24 Abs. 4 AVB nicht einfach im Wege der Vertragsauslegung durch eine die Weitergabe der Bezugskostensteigerungen erlaubende Klausel ersetzt werden könnte und der Verweis auf Kündigungs- oder

Sonderkündigungsrechte weder den Interessen des FVU noch der Kunden gerecht würde, sei die einseitige Änderung einer unwirksamen Klausel daher jedenfalls bis zur Novellierung der AVB zum 5. Oktober 2021 zulässig gewesen. Diese habe insofern, auch wenn sie vom Verordnungsgeber, der frühere Entscheidungen des BGH diesbezüglich insofern missverstanden habe, als „klarstellend“ titulierte sei, keine Rückwirkung. Schließlich wirft der BGH die Frage auf, ob der Verordnungsgeber nur die einseitige Änderung von Klauseln „nach billigem Ermessen“ oder auch die nach Auffassung des BGH erforderliche einseitige Änderung bei Unwirksamkeit der bisherigen Klausel verbieten wollte. Viel spricht dafür, dass sich Verordnungsgeber die Novelle im Hinblick auf dieses Urteil und die zuvor bereits geäußerten Bedenken (wir berichteten) noch einmal überprüfen sollte.

Gesetzgebung

RAin Julia Schmidt

Tel.: +49 211 981-4039

julia.s.schmidt@pwc.com

Kabinett verabschiedet Osterpaket!

Auf Vorschlag von Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck hat das Bundeskabinett am heutigen Tage das sog. „Osterpaket“ verabschiedet. Dabei handelt es sich um die zentrale energiepolitische Gesetzesnovelle zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien.

Im Rahmen des Energiesofortmaßnahmenpakets („Osterpaket“) hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BWMK) dem Bundeskabinett ein umfassendes Gesetzespaket zur zügigen Umsetzung einer Vielzahl energiepolitischer Inhalte aus dem Koalitionsvertrag vorgelegt. Wie dringlich der Ausstieg aus den fossilen Energien und der rasche Ausbau erneuerbarer Energien ist, zeigen neben der Zuspitzung der Klimakrise auch die aktuellen Entwicklungen in der Energiepolitik aufgrund des anhaltenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine.

Mit dem Osterpaket wird der erneuerbare-Energien-Ausbau zu Wasser, zu Land und auf dem Dach umfassend beschleunigt. Das Artikelgesetz umfasst auf über 500 Seiten u.a. die Anpassung von folgenden Gesetzen:

- Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG),
- Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG),
- Energiewirtschaftsgesetz (EnWG),
- Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG),
- Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG).

Konkret beinhaltet das Osterpaket insbesondere die nachfolgenden Maßnahmen:

- Als Herzstück des Pakets wird der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient.
- Der erneuerbare-Energien-Ausbau (onshore und offshore) wird auf ein völlig neues Niveau gehoben mit dem Ziel, dass die nationale Stromversorgung bis 2035 nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruht.
- Um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben wird ein umfangreiches Maßnahmenbündel ergriffen (u.a. Bereitstellung neuer Flächen für den Photovoltaik-Ausbau, Ausweitung der Beteiligung von Kommunen bei Wind an Land und Photovoltaik, verstärkte Erschließung windschwacher Standorte und Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau von Photovoltaikdachanlagen).
- Der Offshore-Ausbau wird künftig auf zwei gleichberechtigte Säulen gestellt (Ausschreibung von bereits voruntersuchten und bisher nicht voruntersuchten Flächen).
- Zur Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Energien und Netzen sollen Hemmnisse abgebaut und Planungs-/Genehmigungsverfahren verschlankt werden.
- Damit der erneuerbare-Energien-Ausbau auch netzseitig abgedeckt werden kann, werden der Bundesbedarfsplan für den Ausbau der Übertragungsnetze aktualisiert und neue Projekte aufgenommen.
- Durch die Abschaffung der EEG-Umlage werden Eigenverbrauchs- und Privilegierungsregelungen für die Industrie erheblich vereinfacht und die Entbürokratisierung im Energierecht vorangetrieben.
- Zum besseren Schutz von Strom- und Gasverbrauchern werden die Rechte von Endkunden und die Aufsichtsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur (BNetzA) gestärkt.

Gerne halten wir Sie über den weiteren Verlauf des sich nun anschließenden parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens im Zusammenhang mit dem Osterpaket auf dem Laufenden. Bei Fragen rund um das Osterpaket und den damit einhergehenden Gesetzesnovellierungen kommen Sie gerne jederzeit auf uns zu!

RAin Dr. Jutta Mues
Tel.: +49 211 9815707
jutta.mues@pwc.com

RAin Verena E. Brökelmann
Tel.: +49 521 964-97111
verena.elisa.broekelmann@pwc.com

Osterpaket hält auch für Kommunen Neuigkeiten bereit

Der Entwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zum geplanten „Osterpaket“ sieht unter anderem die Novellierung des EEG, den Erlass eines Energie-Umlagen-Gesetzes (EnUG) sowie eines EEG-Entlastungsgesetzes vor. Auch für Kommunen halten die geplanten Neuregelungen interessante Aspekte bereit.

1. Die finanziellen Beteiligungsoptionen von Kommunen nach dem EEG werden ausgeweitet. Die bisherige Fassung des § 6 EEG 2021 sieht vor, dass eine betroffene Kommune eine finanzielle Beteiligung ohne Erbringung einer Gegenleistung an einer Windenergieanlage an Land oder einer Freiflächen-Photovoltaikanlage erhalten kann, sofern das jeweilige Projekt ab dem Jahr 2021 in Betrieb geht. Für die Frage der Anwendbarkeit der Norm soll zukünftig der Zeitpunkt der Projektrealisierung keine Rolle mehr spielen. Geplant ist nach derzeitigem Stand, die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung auf bereits bestehenden Windenergieanlagen (WEA) an Land und Freiflächenanlagen auszudehnen. Darüber hinaus werden auch ungeforderte WEA an Land, sogenannte Anlagen in der sonstigen Direktvermarktung, erstmals von der Beteiligungsoption erfasst. Dies führt zu mehr Planungssicherheit. Zuvor konnten Anlagenbetreiber, die aufgrund hoher Strompreise in die sonstige Direktvermarktung gewechselt sind, in diesen Zeiträumen keine Zahlungen an Gemeinden leisten, da es ihnen an einer finanziellen Förderung nach dem EEG fehlte.

Ob die Höhe der finanziellen Beteiligung von derzeit bis zu 0,2 Cent pro Kilowattstunde ebenfalls angepasst wird, ist den aktuellen Gesetzesentwürfen nicht zu entnehmen. Dennoch verspricht die Erweiterung der finanziellen Beteiligungsmöglichkeit auf weitere Windenergie- und Freiflächenanlagen eine zusätzliche Akzeptanzsteigerung und weitere Einnahmemöglichkeit für betroffene Kommunen.

2. Kommunen wird erstmals die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen geförderter und nicht-geförderter Solar-Freiflächenanlagen naturschutzfachliche Vorgaben festzusetzen. Gemeinden sollen ermächtigt werden, den Abschluss eines Vertrags nach § 6 EEG von der Festschreibung naturschutzfachlicher Vorgaben für den Anlagenbetreiber abhängig machen zu können. So soll ein naturverträglicher Ausbau von Freiflächenanlagen in Form von artenreichen Grünlandflächen sichergestellt werden.

3. Zuletzt gilt es im Blick zu behalten, dass künftig der Grundsatz des Vorrangs erneuerbarer Energien in der Schutzgüterabwägung im EEG sowie im Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) festgelegt wird. Nachdem ein solcher Vorrang bereits in einer ersten Entwurfsfassung des EEG 2021 letztlich verworfen wurde, soll zukünftig die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Intention des Gesetzgebers ist es, den Ausbau erneuerbarer Energien in allen Rechtsgebieten zu beschleunigen. Nach dem derzeitigen Entwurf sollen erneuerbare Energien bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in der Schutzgüterabwägung bewertet werden. Insbesondere im Rahmen von Genehmigungsverfahren dürfte dieser Aspekt künftig relevant werden.

Nach derzeitigem Stand ist beabsichtigt, die parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren noch vor der Sommerpause abzuschließen, sodass das Genehmigungsverfahren der Europäischen Kommission in der zweiten Jahreshälfte erfolgen kann.

Gerne erörtern wir mit Ihnen, welche Auswirkungen die anstehenden Gesetzesänderung für Ihre Kommune haben könnten und unterstützen Sie bei der Umsetzung neuer Vorgaben und der Gestaltung etwaig erforderlicher Verträge. Wir bringen dabei unsere Erfahrung ein und helfen Ihnen, auch kurzfristig die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Peter Mussaeus

Tel.: +49 211 981-4930

peter.mussaeus@pwc.com

Michael H. Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com